

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Man muss heutzutage nicht viel tun oder sagen, um in Deutschland als Nazi abgestempelt zu werden. Dass der russische Angriff (auf die **Ukraine**) zu verurteilen ist und der Bevölkerung (die am meisten unter dem Krieg zu leiden hat) geholfen werden muss, sollte für jeden eine klare Sache sein. Der Schreiber dieser monatlichen Info ist weit von Fremdenfeindlichkeit entfernt, erlaubt sich aber mit den nachstehenden Ausführungen den „sozialen Topf“ der Bundesregierung mit Aufschrift „Ukraine“ – Flüchtlingshilfe gläsern darzustellen.

Stolz verkündete der B90/Grüne Andreas Audretsch am Rednerpult des Deutschen Bundestages, dass ab 01.06.2022 ukrainische Kriegsflüchtlinge in Deutschland aus der sogenannten Grundsicherung unterstützt werden, was die gleiche Leistung ist wie die an Hartz-4-Empfänger (heute Bürgergeld). Wer erwerbsfähig ist, bekommt es vom Jobcenter, sonst über die Sozialämter. Zu diesem monatlich gezahlten Betrag kommen Kosten für Unterkunft und „Mehrbedarfe“ gleich über 1.000 € monatlich. Der ganz normale „Rentner“ bekommt monatlich 989 €. Die Mutter, die drei Kinder zur Welt gebracht hat, erhält 751 €. Nebenzahlungen für den Lebensunterhalt wie die monatliche Miete (bei entsprechender Kinderzahl ist eine Wohnung mit 120 m² zu monatlich 2.500 € problemlos zu bekommen) sowie Heizkosten und medizinische Versorgung werden erstattet. Wir sprechen über Menschen, die in Not sind, aber auf der anderen Seite nie in unser Sozialsystem eingezahlt haben. Im zweiten Beschluss wurden die Sanktionsmöglichkeiten gemäß Hartz-4 (heute Bürgergeld) ausgesetzt. Die Ukrainer brauchen sich nicht um Arbeit bemühen und wenn das Jobcenter etwas anbietet, haben sie die Möglichkeit, das abzulehnen. Konsequenzen zieht das nicht nach sich. Erstattet werden ihnen auch die Kosten für die Kita, die Rundfunkgebühren (GEZ), der Beitrag zur Krankenversicherung und die Kosten, die entstehen, wenn die Kinder eine Klassenfahrt machen. Bis Ende dieses Jahres werden mindestens 950.000 Personen erwartet, welche alle diese Vergünstigungen bekommen. Vor diesem Hintergrund diskutieren (von der deutschen Bevölkerung gewählte) Politiker, das Rentenalter auf 70 Jahre anzuheben. Wir erwähnen auch aus einem uns bekannten Umfeld eine Immobilie, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zu verkaufen ist. Die Besitzerin hat über 30 Ukrainer darin aufgenommen, hat ihnen sozusagen eine „Zuflucht“ gegeben und kassiert monatlich ca. 30 € für jeden täglich (Gesamt: 900 € täglich = 27.000 € monatlich). Für so viel Großmut wird ihr in der heimischen Presse noch ein „Heiligenschein“ aufgesetzt. Der Harmonie in der Nachbarschaft und dem sozialen Frieden dieses kleinen fränkischen Dorfes tut das sicherlich Abbruch.

Eine Leidenschaft der Deutschen ist die Selbstzerfleischung. In der ersten Hälfte 2021 endete der internationale Afghanistan-Einsatz im Desaster. Anfang Juli 2022 beschloss der Bundestag (mit den Stimmen der Ampel und der Union) die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, um das Drama seit Einsatz der Bundeswehr ab 2001 aufzuarbeiten. Für diese Pläne gab es Applaus von der Wehrbeauftragten des Bundestages Eva Högl (SPD). Es sollten Lehren aus den Fehlern gezogen werden, ein Statusbericht erstellt und Handlungsempfehlungen für die Zukunft ausgearbeitet werden. Die 20 Jahre Krieg, Bereitstellung von unzähligen Mio. €, der Bundeswehreinsatz; alles hat schlussendlich nichts gebracht. Heute leben ca. 390.000 Personen aus Afghanistan in Deutschland. Die Taliban unterdrücken Frauen und Kritiker. Die wachsenden Repressionen der Taliban sind nur wenig in den Schlagzeilen. Auf dem Radar der Öffentlichkeit steht die Ukraine heute an erster Stelle.

Dass sich ein Teil der bundespolitischen Führungsspitze lächerlich macht, ist an Beispielen zu belegen. Am 16.05.1977 wurde in Zwiesel in einer bürgerlichen Familie der Sohn Markus Ganserer geboren. Nach dem Hauptschulabschluss (1995) gab es keine Highlights. Seit 1998 gehört er B90/Die Grünen an und kandidierte 2008 für den Bayerischen Landtag. Direktstimmen gab es zwar keine, aber über die mittelfränkische Wahlkreisliste der bayerischen Grünen zog er in den Landtag ein. 2021 kandidierte G. im Bundestagswahlkreis Nürnberg-Nord und Platz 13 auf der Landesliste reichte für den Deutschen Bundestag. 2001 liierte er sich mit Ines Eichmüller und beide heirateten 2013. Das Paar hat zwei Söhne. Im November 2018 machte er es wie Nyke Slawik (seit 2021 im Bundestag), kaufte sich eine Perücke und machte seine **Transidentität** öffentlich bekannt. Im Plenum gab die Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU) bekannt, dass die Post künftig an Frau Markus Tessa Ganserer zu richten ist. Im August 2019 gab er bekannt, dass er sich nicht an die Vorschriften des Transsexuellengesetzes hält und das verweigert. Im Geburtenregister bleibt er „männlich“, in der Zulassung für die Bundestagswahl 2021: Markus (Tessa) Ganserer, Försterin. Der Duden definiert, wie auch der allgemeine Sprachgebrauch, Frauen als erwachsene Personen weiblichen Geschlechts. Männer nach ihrer biologischen Rolle als zeugungsfähig. „Transfrauen“ sind keine Frauen! In ihrer Rede zum Weltfrauentag stellte Beatrix von Storch (AfD) fest, dass G. ein Mann ist. Von Mitgliedern der Ampel wurde sie als „transphob“ und „menschenverachtend“ beschimpft. Diese Beschimpfungen sind realitätsfeindlich und frauenverachtend, schreiben sie doch dem Selbstempfinden eines Mannes größere Wichtigkeit zu als der weiblichen Realität. Der Autohasser G. hielt kürzlich seine zweite Rede im Bundestag, in der er gegen die Autohersteller wetterte und die Branche beschimpfte. Ihm ist wohl nicht bekannt, dass unser Wohlstand wesentlich von der Autoindustrie abhängt. So etwas wie die Story Ganserer gibt es wohl nur in Deutschland.

Als Folgen der Pandemie, Kriege, Klimawandel, Naturkatastrophen u.a.m. erleben wir massive Preisturbulenzen für **Rohstoffe**. Wir alle, bis hin zum Konsumenten, sollten uns künftig darauf einstellen, dass Rohstoffe und Produkte nicht mehr so selbstverständlich, schnell und preisgünstig zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass Deutschland und die gesamte EU sich von langjährigen Lieferanten (z.B. aus China) distanzieren will. Der Ukrainekrieg zeigt die zentrale Bedeutung von Rohstoffen. Das beste Abkommen nützt aber nichts, wenn der Partner das bestellte Gut nicht liefert. Die EU strebt an, ab 2030 max. 70% des Jahresbedarfs (der gesamten EU-Staaten bezogen auf einen strategisch wichtigen Rohstoff) aus einem einzigen Drittland zu beziehen. Künftig sollen die Mitgliedstaaten 10% der wichtigen Rohstoffe selbst fördern und 15% durch Recycling gewinnen. Es wäre nicht die EU, wenn sie nicht Industriekommissar Thierry Breton mit einer Gesetzesausarbeitung („Raw Materials Act“) beauftragt hätte. Mit den vorhandenen Rohstoffen in der EU ist weder die Energiewende noch die Digitalisierung zu schaffen. Das Endziel (welches in weiter Ferne liegt) ist eine EU-Energie-Agentur für die Beschaffung von Rohstoffen – eine „Rohstoff-Nato“. Zurzeit, so hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelt, sind wir von 14 (bei 27 kritischen) Rohstoffen zu 100% vom Import abhängig.

Für das E-Auto wird der Markt bisher von der **Lithium**-Ionen-Batterie beherrscht.

Li-Abbau:	Australien	ca. 51.000 to	(ca. 46,3%)
	Chile	ca. 16.000 to	(ca. 23,9%)
	China	ca. 8.000 to	(ca. 16,2%)

- die restlichen Länder alle unter 10% -

Deutschland muss seinen Bedarf zu 100% importieren. Das erste umweltfreundliche Innovationsprojekt (UnLimited) erprobt die Geothermieranlage Bruchsal aus Tiefenwasser (Thermalwasser). Das wird aus tausenden Metern Tiefe gefördert und nach der thermischen Nutzung über Wärmetauscher wieder in die Erde zurückgeführt (Kurzerklärung). Bei 8.000 Betriebsstunden jährlich lässt sich eine Li-Menge fördern, die für ca. 20.000 Autos reicht. Prognosen zu Potentialen von Li-Solen gibt es bisher noch nicht. Während wir hier in Kinderschuhen stecken, sieht es bei der Grundlagenforschung für Feststoffbatterien noch finsterer aus. Diesen Markt dominieren asiatische und amerikanische Akteure.

Es ist ca. 10 Jahre her, als die Politik das Aus verkündete, **Fracking-Gas** in Deutschland zu fördern. In der heutigen Zeit der Energieknappheit mehren sich die Stimmen (ca. 48%) gegen die, welche es ablehnen (ca. 39%). Lieber Fracking-Gas aus den USA, welches Terminals in Brunsbüttel, Lubmin und Wilhelmshaven versorgen. Mit den Versorgungsschiffen und Gastankern im Bau gibt es über 280. Laut Meinung von Fachleuten reicht das nicht, um das weggefallene Pipelinegas aus Russland zu kompensieren. Der Gedanke kommt bei den großen Investitionen: Was passiert, wenn nach dem Ukraine-Krieg wieder billiges Gas aus Russland nach Deutschland fließen würde? Überkapazitäten würden den Preis drücken und Terminals sowie Schiffe könnten verschrottet werden. Wir müssen die Realität sehen und erkennen, dass Deutschland (das bereits Erfahrung beim Fracking hat) die Kapazität von „Shale Gas“ (Schiefergas) in einigen Wochen hochfahren könnte. Es wäre möglich, die Vorkommen schnell auszubeuten, was eine Brücke zum Zeitalter der erneuerbaren Energien wäre. Unkomplizierter wäre die Gewinnung aus Sandstein („Tight Gas“), aber die Gewinnung fließt langsamer und somit ist die jährliche Fördermenge geringer.

Geschätzte Schiefergasvorkommen (in Billionen Kubikmetern):

China	31,6
Argentinien	22,7
USA	17,6
Russland	8
Polen	4,1
Frankreich	3,9
Deutschland	0,8

Quelle: Wirtschaftswoche Nr. 5 vom 27.01.2023

In der Zeit nach dem deutschen Ausstieg sind die Fracking-Methoden weiterentwickelt worden; sie sind sicherer geworden. Wissenschaftler am chinesischen Staatslabor für Öl und Gas in Chengdu forschen daran, dass beim unkonventionellen Fracking Kohlendioxid (CO₂) statt Wasser eingesetzt wird. CO₂ fließt in die kleinsten Hohlräume der Steine, bricht sie auf, womit mehr Gas gewonnen werden kann. CO₂ ist sauer und damit könnten sich keine Bakterien bilden und man kann auf Zusatz von Chlor verzichten. In jedem Fracking-Cocktail stecken ca. 20 Zusätze. Zum Beispiel können die USA preisgünstiger „fracken“, weil es unterschiedliche Umweltauflagen zu Deutschland gibt (jedes Bohrloch in Deutschland muss von den Bergämtern einzeln genehmigt werden). Jeder Meter Bohrung kostet ca. 2.000 €. Wenn in den USA nur bei Tiefen von 500 m gebohrt wird, kann es zu Zwischenfällen kommen (aber diese Methode ist preisgünstiger). Ungewollte Risse würden bewirken, dass Gas an die Oberfläche gelangt und sich Tiefenwasser mit Grundwasser vermischt.

In den relativ dicht besiedelten deutschen Bohrstandorten wäre das eine Katastrophe. In Deutschland werden jedes Jahr ca. 90 Mrd. Kubikmeter Gas verbraucht. Die errechneten Vorräte könnten den deutschen Bedarf ca. 9 Jahre lang abdecken.

Die Bundesregierung hatte sich 15 Mio. **E-Autos** bis 2030 (derzeit sind es ca. 1 Mio.) als Ziel gesetzt. Wenn man allerdings die Rahmenbedingungen zur Zielsetzung verschlechtert, wird aus diesem Plan nichts. 2023 wurde der Umweltbonus bereits reduziert und 2024 liegt die Grenze bei 3.000,00 €. 2022 wurden in Deutschland 471.000 E-Autos zugelassen. Der Gesamtbestand lt. Statistik beträgt allerdings nur 395.000. Die Erklärung ist einfach; relativ kurze Haltefristen und Prämien bis zu 9.000,00 € haben Händler und sonstige Anbieter beflügelt, diese gebrauchten Fahrzeuge ins Ausland zu verkaufen, wo sie teurer sind als Neuwagen in Deutschland. „Vater Staat“ sind geschätzte 380 Mio. € an Steuergeldern verloren gegangen. Pfiffig muss man sein, denn diese Exportgeschäfte sind legal! Es ist Usus, dass die Ampel über fast alle Themen streitet und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass der Meinungsdivergenz von Berlin nach Brüssel rüberschwappt. Die EU-Gesetzgebung geht so in der Praxis ab: Es wird nicht spontan, nicht kurzfristig entschieden, sondern erst, wenn eine Mehrheit gefunden ist. Nach langem hin und her gab es bereits vor einem halben Jahr einen Kompromiss zum Verbrennungsmotor, der im Parlament und EU-Rat abgesegnet worden wäre. In letzter Minute allerdings zogen Deutschland und Italien ihre Zustimmung zurück. Dass damit die Regierung Scholz (als größtes EU-Land) als unzuverlässiger Gesprächspartner abgestempelt wurde, braucht nicht besonders betont zu werden. Das EU-Gesetz sah vor, bis 2030 für neu zugelassene PKW den CO₂-Ausstoß um 55% (gegenüber dem Niveau von 2021) zu senken und ab 2035 sollten keine Klimagase mehr ausgestoßen werden. Wer vor 2035 ein Benzin- oder Dieselauto anmeldet, kann es bis zur völligen Klimaneutralität (2050) fahren. Der Streit auf EU-Ebene zwingt zum Umdenken. Was hat man aus dem „Hut gezogen“: **E-Fuel!** In unserer Info 07/2022 hatten wir berichtet, dass die Produktionskosten bis zu sechsmal höher liegen als die Marktpreise fossiler Brennstoffe. Aktuell ist E-Fuel immer noch viel zu teuer und nicht in ausreichender Menge verfügbar. Zahlreiche Automobilhersteller haben sich vom Verbrenner (Diesel und Benzin) verabschiedet. BMW und Mercedes-Benz allerdings planen noch länger Investitionen in Verbrennungsmotoren. Weder China noch die USA haben ein Datum zum Verbrennerverbot festgesetzt. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) verklagte BMW vor dem Landgericht München (Az. 3 O 37/22), über 2030 hinaus Autos mit Verbrennungsmotor verkaufen zu wollen; allerdings wurde diese Klage vom Gericht zurückgewiesen. Eine Parallelklage gegen Mercedes-Benz ging ebenfalls in erster Instanz verloren. Es ist zu erwarten, dass die DUH vor das OLG (Oberlandesgericht) zieht.

Für die 15 Mio. E-Autos bis 2030 sollten 1 Mio. **Ladepunkte** zur Verfügung stehen; derzeit sind es 70.000. Ende 2022 gab es in Bayern ca. 15.000, in NRW ca. 14.000 und in Baden-Württemberg ca. 13.700 öffentliche Ladestationen. Diese 3 Länder stellen ca. 55% der deutschen Ladekapazität. In den vergangenen 2 Jahren ist die Zahl der Elektroautos auf den Straßen dreimal stärker gewachsen als die Zahl der Ladesäulen. Bleibt es bei dem bisherigen Tempo, würden die Vorgaben von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) rein rechnerisch erst 2077 erreicht. Die Bürokratie und die ungenaue Förderung sind wesentliche Bremsklötze; kurz – es fehlt ein schlüssiges Konzept des Ladesäulenausbaus. Das hält viele Verbraucher vom Kauf eines E-Autos ab. Ohne Ladesäulen also keine E-Autos. Ohne E-Autos keine Antriebswende.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Einige Anbieter von rost- und säurebeständigen Blechen und Bändern waren im letzten Jahr der Ansicht, dass die Hochpreisphase bis weit ins Jahr 2023 anhält. Damit lagen sie bei Standardformaten in 08/15-Güten (z.B. 1.4301) falsch, denn die nachlassende Nachfrage zwang sie zum „verramschen“. Der niedrige Preis erhöht in diesem Fall die Nachfrage nicht, es sei denn, der Verbraucher erhöht seinen Lagerbestand. Für den Anbieter heißt es immer noch: „Der erste Verlust ist der kleinste.“ Für Sondergütern und Fixmaßabmessungen ist der Grundpreis stabil, aber die Legierungszuschläge (LZs) bröckeln in den nächsten Wochen. Mit Absicht sagen wir nicht Monate, denn im Laufe des Jahres könnte noch einiges passieren (Auswirkungen des Krieges, Streiks, Erhöhung der Nachfrage besonders aus der Batterieindustrie), was die Rohstoffpreise nach oben verändern könnte. Bei der Herstellung von Edelstahl ist das Zauberwort „Wasserstoff“, allerdings braucht die Herstellung damit (viel Geld) und noch viele Jahre bis zur Anwendung. Heute werden bei der Edelstahlproduktion über 80% Schrott eingesetzt, was allerdings den Stahl weder besser noch schlechter macht. Da Russland als **Nickel**-Anbieter ausfällt, hängt viel von Indonesien ab. China will nach den letzten Jahresergebnissen das Brutto sozialprodukt steigern und man muss deren Nickel-Nachfrage im Auge halten. Der **Chrom**-Preis ist vierteljährlich fixiert und bis Ende dieses Monats tut sich nichts. Zum zweiten Quartal wäre eine Anhebung von mehr als 10% keine Überraschung. Nach den turbulenten **Molybdän**-Preiserhöhungen hat sich dieser Markt beruhigt. Man kann mit leichter Preisreduktion rechnen, aber nicht mit einer Erhöhung. Da die Rohstoffe in USD abgerechnet werden, wird die zu erwartende Parität keine wesentliche Änderung der Rohstoffnotierungen bewirken.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
01.03.2023	1.0613	25.025	25.225	44.094	2.342
23.03.2023	1.0793	21.895	22.100	43.800	2.014

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	984	994	1.000	1.044								
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.918	2.989	2.903	2.645								
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	4.673	5.083	5.472	5.040								
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.189	1.199	1.205	1.263								
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	2.150	2.449	2.916	2.904								
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	8.729	9.546	10.313	9.370								
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	4.754	5.164	5.550	5.109								

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.181	1.193	1.200	1.253								
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	3.502	3.587	3.484	3.174								
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	3.251	3.328	3.235	2.964								
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	5.608	6.100	6.566	6.048								

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430	430									
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510	1.450									
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680	2.650									

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta